



Hessen-Caritas

## Jahresbericht der Hessen-Caritas 2018 - Resumé

Im Berichtsjahr 2018 war die Arbeit der Hessen-Caritas durch verschiedene Schwerpunktthemen geprägt. Zum einen stand im Rahmen der Strukturdebatte die Änderung der Ordnung der Hessen-Caritas auf dem Plan, die aufgrund der Ausweitung der ehemaligen Vollversammlung zur Landesdirektorenkonferenz erforderlich war. Im Rahmen der Landesdirektorenkonferenz im Mai 2018 wurde die neue Ordnung einstimmig verabschiedet und somit der Grundstein für eine optimierte Vernetzung, verbesserte Strukturen und kürzere Wege gelegt. Von nun an sind alle hessischen Caritas-Direktorinnen und Direktoren in die landesweite Lobbyarbeit der Hessen-Caritas integriert und können sich bei der Festlegung und Ausarbeitung der gemeinsam wichtigen sozialpolitischen Themen einbringen.

Im Hinblick auf die Wahlen des Hessischen Landtags, die im Oktober stattgefunden haben, wurden in der ersten Jahreshälfte Sozialpolitische Gespräche mit den im Landtag vertretenen Fraktionen der CDU, SPD, die Grünen und FDP sowie mit den Staatssekretären Dr. Dippel und Kai Klose geführt. Um die Bedeutung der für die Hessen-Caritas wichtigen sozialpolitischen Standpunkte hervorzuheben, wurde der Inhalt der Gespräche zum ersten Mal auf drei Themen festgelegt. Die CLAG-Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben deren inhaltliche Vorbereitung tatkräftig unterstützt.

Gemäß dem Jahresthema des Deutschen Caritasverbandes „**Jeder Mensch braucht ein Zuhause**“ war der **Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Hessen** eines der drei Schwerpunktthemen der Sozialpolitischen Gespräche.

Zwischen 1995 und 2017 hat sich der Bestand an Sozialwohnungen in Hessen halbiert - aus den Beratungszusammenhängen der Caritasverbände in Hessen werden immer mehr Schwierigkeiten bei der Vermittlung in Wohnraum gemeldet.

Aus Sicht der Hessen-Caritas ist Wohnen Daseinsvorsorge und Wohnungspolitik ist Sozialpolitik. Deshalb ist die Hessen-Caritas mit folgenden Forderungen an die Politikerinnen und Politiker getreten:

- Die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen auf 3Mrd€
- Das Programm zum Kauf von Belegungsrechten auch über 2020 aufzulegen
- Die verpflichtende Vergabe von Grundstücken nach Konzeptqualität
- Die Verpflichtung bei Neubauten mindestens 40 Prozent sozial geförderten Wohnraum zu schaffen
- Eine Wohnungsbaukoordinationsstelle einzurichten zur Bündelung aller Bauvorhaben und zur Unterstützung der Gebietskörperschaften
- Das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit weiterzuführen

- Programme zum Aufbau präventiver Maßnahmen zum Schutz vor Wohnungsverlust (weiter-) zu entwickeln und zu vernetzen
- Die Instrumente Mietkappungsbremse für Bestandsmieten und Mietpreisbremse für Neuvermietungen regelmäßig zu überprüfen anzuwenden
- bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für die Bestimmung der Angemessenheit der Kosten von Unterkunft (KdU) und Heizung im SGB II und SGB XII festzulegen
- Wohngeld anzupassen durch Wohngeldindex und Ergänzen durch Klimakomponente sowie Heizkostenkomponente

Ein großes Anliegen der Hessen-Caritas und das zweite Schwerpunktthema der Sozialpolitischen Gespräche sind die Integrationschancen „**unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter**“, die mittlerweile die Volljährigkeit erreicht haben und in Hessen mit einer Zahl von über 3.000 einen besonders großen Anteil ausmachen.

Die Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche, die unbegleitet nach Deutschland einreisen, liegt bei der Kinder- und Jugendhilfe. Ihr obliegt es, die jungen Menschen in Obhut zu nehmen und ihnen einen sicheren und ihren Bedürfnissen angepassten Lebensort zu bieten. Die Betreuung und Begleitung der jungen Menschen stellt Vertreterinnen und Vertreter der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe vor eine Vielzahl fachlicher und konzeptioneller Herausforderungen.

Die Forderung der Hessen-Caritas nach einer allgemeinen Lebensberatung für diese Zielgruppe – zum Beispiel im Rahmen eines Care-Leaver-Programms und dem Ausbau von Patenschafts-Programmen sowie die Notwendigkeit der Verknüpfung der Hilfen und Beratungen haben wir gegenüber der Politik deutlich gemacht.

Des Weiteren wurde das Problem des fehlenden Wohnraums für junge Geflüchtete und mögliche Lösungsvorschläge besprochen. Beim Thema Gewährleisten von Bildung ab dem ersten Tag – wurde der Mangel an Anschlussangeboten für InTeA-Absolventen aufgezeigt, der Zugang zu niedrighschwelligem Angeboten (z.B. Praktika, außerbetrieblicher Ausbildung und Qualifizierung in Produktionsschulen) gefordert sowie ausbildungsbezogene Sprachkurse und die Schaffung und Förderung eines Programms „Sozialwirtschaft integriert“.

Auch die Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention, Kindern ein Zusammenleben mit ihren Eltern und Geschwistern zu ermöglichen, wurde als wichtiger Bestandteil einer gelingenden Integration angesprochen.

Drittes Schwerpunktthema waren die **Katholischen Krankenhäuser in Hessen** – insbesondere die **Notfallversorgung** und die **geriatrische Versorgung**. Hier hat die Hessen-Caritas eine flächendeckende, hochqualitative geriatrische Mindestversorgung gefordert, die nur gewährleistet sein kann, wenn sie in der hessischen Gesetzgebung verankert ist.

Beim Thema **Krankenhausförderung** in Hessen hat die Hessen-Caritas die Politikerinnen und Politiker darin bestärkt, bei der Zuordnung der Fördermittel als Anrechnungszeitraum die Abschreibungsfristen für Investitionen heranzuziehen. Dies berücksichtigt auch Krankenhäuser, die frühzeitig die positive Entwicklung von Verbundstrukturen erkannt und innovativ investiert haben.

Nach mehreren Jahren Pause wurde in 2018 die Caritas-Diakonie-Konferenz abgehalten, deren Inhalt unter anderem bestimmt war durch den Ökumenischen Kirchentag 2021, die Transparenzstandards von Caritas und Diakonie, das Arbeitsrecht und der einheitliche Tarif in der Pflege sowie dem Fachtag 2019 des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration mit den Kirchen und Diakonie und Caritas.

Für den September 2018 war eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien des Hessischen Landtags geplant – zu den Themen Wohnungsnot, Flüchtlingspolitik und Fachkräftemangel im Gesundheits- und Pflegesektor. Leider musste diese Podiumsdiskussion aufgrund der kurzfristig im Landtag geplanten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten abgesagt werden.

Erstmals nach langer Zeit konnte im November ein Spitzengespräch zwischen Vertretern der Hessen-Caritas und dem LWV stattfinden. Hier standen der Austausch erster Erfahrungen nach der Einführung der Bedarfsermittlung/Aufnahme in drei Landkreisen im Mittelpunkt, die Weiterentwicklung des ITP und die pauschale Vergütungsanpassung für die Hessen-Caritas 2019.

Das Jahr 2019 wird für die Hessen-Caritas ganz im Zeichen der Digitalisierung stehen – **„Sozial braucht Digital“** – das Jahresthema 2019 des Deutschen Caritasverbandes bestimmt bereits den Jahresempfang der Hessen-Caritas im Februar, anlässlich dessen Gastrednerinnen und Redner wie Dr. Peter Kohlgraf, der Bischof des Bistums Mainz sowie der Hessische Ministerpräsident und Frau Welskop-Deffaa – Vorstand Sozial- und Fachpolitik des deutschen Caritasverbandes gewonnen werden konnten. Anlässlich dieses Events werden mehr als 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kirche, Caritas, Wohlfahrtsverbänden und Wirtschaft erwartet.

Auch Sozialpolitische Gespräche mit Vertreterinnen der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen sowie dem HMSI sind für die erste Jahreshälfte 2019 geplant.

Außerdem geplant sind weitere Gespräche mit dem Landeswohlfahrtsverband, der Diakonie Hessen und den hessischen Bundestagsabgeordneten der Fraktionen.

Die für den Herbst geplante Klausurtagung des Vorstandes der Hessen-Caritas wird einen Rückblick auf die inhaltlichen Aufgaben der Hessen-Caritas ermöglichen und die Ausrichtung der Hessen-Caritas für die kommenden Jahre bestimmen.